

4 Schlussbetrachtung

Die Geschichte der Fortbildungskooperation zwischen Ghana und den beiden deutschen Staaten ließe sich leicht vorrangig als eine Geschichte des Kalten Krieges erzählen. Immer wieder waren deutschlandpolitische oder globale systempolitische Motive und Faktoren ausschlaggebend für die konzeptionelle und praktische Programmgestaltung. Der Ost-West-Konflikt und die deutsch-deutsche Konkurrenz wirkten sich zweifelsohne auf die Praktikumsprogramme aus. Deutschlandpolitische Interessen trugen nicht nur maßgeblich zur Entstehung der west- und ostdeutschen Schulungen bei, bis 1966 waren sie für die DDR handlungsleitend und prägten die bundesdeutsche Kooperation mit Ghana. Selbst die verschiedenen ghanaischen Regierungen berücksichtigten bei der Gestaltung der Fortbildungen häufig systempolitische Erwägungen. Dass sich der Systemkonflikt auf die gemeinsamen Praktikumsprogramme auswirkte, steht also außer Frage. Diese Erkenntnis ist allerdings nicht sonderlich erstaunlich. Schließlich galt dies bereits für die beiden größeren Politikfelder, in welche die Fortbildungsprogramme einzuordnen sind: die Entwicklungspolitik und die Außenpolitik. Die vorliegende Studie hat jedoch gezeigt, dass die systempolitischen Auswirkungen auch ihre Grenzen hatten. Vielmehr müssen drei verschiedene Faktoren als zentral angesehen werden, sodass den Programmen im Verlauf des Untersuchungszeitraums drei unterschiedliche Funktionen zukamen: Sie waren ebenso postkoloniale Modernisierungsprojekte und ökonomische Unterfangen wie politisch-ideologische Vorhaben.

Praktikumsprogramme als postkoloniale Modernisierungsprojekte

Educational Planning avancierte in der Nachkriegszeit zum zentralen Bestandteil der Dekolonisierungs- und *Nation-Building*-Prozesse im globalen Süden. Grundlage dieser zentralen Bedeutung von Bildung waren Modernisierungsvorstellungen, die von einem inhärenten Zusammenhang zwischen Fachwissen, insbesondere technischer Expertise, und wirtschaftlicher Entwicklung ausgingen. Die wirtschaftliche Prosperität der postkolonialen Staaten, so die Grundannahme, müsse auf vier Säulen ruhen: Industrialisierung, Infrastruktur, staatliche oder wissenschaftliche Planung und (technische) Bildung. Diese Modernisierungsvorstellungen waren global anschlussfähig. Sie fanden sich in Rostows kapitalistischer Stufentheorie ebenso wie in marxistisch-leninistischen Konzepten oder in Ansätzen des „Afrikanischen Sozialismus“. Dieser Grundkonsens bildete zusammen mit dem systempolitischen Werben um die postkolonialen Staaten die Basis dafür, dass internationale Praktikumsprogramme in der Nachkriegszeit ein goldenes Zeitalter erlebten. Denn entwicklungspolitische Fortbildungen vereinten

gleich drei zentrale Modernisierungsfaktoren miteinander: staatliche Planung, (technische) Bildung und Industrialisierung. Durch staatlich geplante Schulungen sollte die technische Expertise für die angestrebte Industrialisierung vermittelt werden. Damit waren die Programme Teil der globalen Modernisierungs- und Planungseuphorie der 1950er und 1960er Jahre.

Der Erfolg der Programme ging aber nicht allein auf die angestrebte Weitergabe von technischen Fähigkeiten und Know-how zurück. Auch die Vermittlung von Sozialtechniken, Einstellungen und Verhaltensweisen, die als Grundlage einer erfolgreichen Modernisierung galten, zählte zu den staatlichen Zielen. Insbesondere die westdeutsche Regierung strebte angeregt von privatwirtschaftlichen Akteur:innen danach, den Charakter der Teilnehmer:innen zu prägen und ihnen als rational angesehene Entscheidungslogiken, Leistungsorientierung oder Pünktlichkeit zu vermitteln. Dabei übernahm und erweiterte sie westliche, stets gegenderte modernisierungstheoretische Vorstellungen vom „modern man“, dem die Initiative und Fähigkeit zur gesellschaftlichen Modernisierung zugesprochen wurde. Dies war auch im Sinne der ghanaischen Regierung unter Nkrumah, welche sich von den Praktikumsprogrammen einen Beitrag zu einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation versprach. Technisches Wissen galt dabei als ebenso notwendig wie die Bewusstseinsbildung. Die CPP nutzte internationale Fortbildungsprogramme ab den späten 1950er Jahren auf mehreren Wegen, um ihr wichtigstes außenpolitisches Ziel, die Schaffung eines politisch geeinten und wirtschaftlich unabhängigen Afrikas zu erreichen: Sie entsandte nicht nur ghanaische Fachkräfte zur Schulung in den globalen Norden, sondern organisierte und finanzierte auch berufspraktische Schulungen für Freiheitskämpfer:innen aus anderen afrikanischen Regionen im eigenen Land. Für Ghana dienten die Praktikumsprogramme daher nicht nur dem Transfer technischer Expertise, sie stellten darüber hinaus, so eine These dieser Arbeit, auch einen *Modus der internationalen Vernetzung postkolonialer Staaten* dar, bei dem sich alle Seiten, trotz aller Differenzen im Detail, auf die geteilten Modernisierungsvorstellungen berufen konnten.

„Scholarships are also about money“ – Praktikumsprogramme als ökonomische Unterfangen

Darüber hinaus hat die vorliegende Studie gezeigt, wie zentral ökonomische Ziele und Erwägungen für die ghanaisch-deutschen Praktikumsprogramme waren, und zwar nicht nur als anvisierter Endpunkt der Entwicklungszusammenarbeit, sondern bereits im Prozess der Kooperation. Statt internationale Stipendienprogramme in erster Linie im Kontext des Kalten Krieges zu betrachten, wie die Forschung es bislang getan hat, sollten diese als ein Bereich verstanden werden,

in dem sich systempolitische und ökonomische Faktoren wechselseitig überlagerten. Letztere gewannen im Laufe der Jahre zunehmend an Bedeutung, sodass sie die Schulungen zum Ende des Untersuchungszeitraums maßgeblich prägten.

Alle drei Untersuchungsländer verfolgten von Beginn an handels- und wirtschaftspolitische Interessen. Für Ghana stellte das implizite Versprechen wirtschaftlichen Wachstums anfänglich das eigentliche Motiv dar, mit den deutschen Staaten zu kooperieren – stärker noch als der erhoffte Wissenstransfer. Dies änderte sich partiell ab 1961 mit der Zuwendung Ghanas zu den sozialistischen Staaten. Für Accra standen während der *Systemkonfrontation* (1961–1966) politisch-ideologische Ziele stärker im Vordergrund. Auch in der DDR gewannen die Blockkonfrontation und die deutsch-deutsche Konkurrenz in diesem Zeitraum an Bedeutung. Dennoch blieben wirtschaftspolitische Aspekte weiterhin relevant. Als flexibles Instrument, das sich problemlos mit anderen entwicklungspolitischen Maßnahmen kombinieren ließ, erfüllten die Praktikumsprogramme auch für die beiden deutschen Staaten faktisch eine ökonomische Funktion. Sowohl die BRD als auch die DDR nutzen sie als Ergänzung zu Entwicklungsprojekten, die in erster Linie der Exportförderung dienten. Die Kombination von Anlagenexport und Wissenstransfer erhöhte gleichzeitig die Attraktivität der Angebote für die Partnerländer. Spätestens ab 1966 erlangten ökonomische Motive und Erwägungen in allen drei Untersuchungsländern zentrale Bedeutung, sodass von einer generellen Ökonomisierung der Programme gesprochen werden kann. Die Frage, wie die Weiterbildungen zum einen möglichst effizient und kostengünstig umgesetzt werden könnten und wie zum anderen die eigene Wirtschaftsleistung damit gesteigert werden könnte, begann für alle drei Staaten eine fundamentale Rolle zu spielen. Wirtschaftspolitische Kriterien gaben zuletzt oft den Ausschlag dafür, ob konkrete Fortbildungsoperationen überhaupt zustande kamen und wie sie gestaltet wurden.

Bislang galt es als Forschungskonsens, dass erst die Ölpreiskrise und die Veränderungen im internationalen Finanzsystem in den 1970er Jahren eine Ökonomisierung der internationalen Beziehungen ausgelöst hätten. Erst diese Krisen hätten auch dazu geführt, dass die sozialistischen Staaten ihre jeweilige Entwicklungspolitik stärker nach wirtschaftspolitischen Kriterien ausrichteten. Die vorliegende Arbeit konnte zeigen, dass dieser Prozess im Bereich der entwicklungspolitischen Fortbildungsprogramme bereits ab Mitte der 1960er Jahre begann. Die Ölpreiskrise von 1973 verstärkte diesen Trend zwar weiter, war allerdings nicht der Auslöser dieser Ökonomisierung. Die augenfällige parallele Ökonomisierung in allen drei Untersuchungsländern wirft darüber hinaus die Frage auf, inwiefern dieser Trend international schon vor 1973 angesetzt werden muss.

Auch aus Sicht der Teilnehmer:innen besaßen die Schulungen eine ökonomische Relevanz: (Aus-)Bildung galt im postkolonialen Ghana als Schlüssel zum Erfolg, unabhängig davon, ob sich diese Annahme durch faktische Karrierechancen bewahrheitete. Angesichts der weit verbreiteten Hoffnung, sich über die Teilnahme an den Programmen den beruflichen Aufstieg sichern zu können, wurde der Zugang zu den Fortbildungsprogrammen somit zu einer Art Ware, durch deren Verteilung ghanaische Minister und Beamten:innen Loyalitäten schaffen oder Familienmitglieder fördern konnten. Eine ganze Reihe ghanaischer Politiker und Regierungsbeamten:innen initiierten, vor allem während Nkrumahs Regierungszeit, Fortbildungskooperationen auf eigene Faust, ohne diese miteinander abzustimmen. Mindestens in einem Teil der Fälle versuchten sie dabei, persönliche Vorteile aus ihren Auslandskontakten zu ziehen, indem sie zum Beispiel Verwandte oder potenzielle Wähler:innen mit Stipendien versorgten. Der so praktizierte Klientelismus zeigte sich besonders deutlich an der hessisch-ghanaischen Zusammenarbeit. Am hessischen Beispiel wird auch deutlich, wie wichtig die Förderung durch einzelne hochrangige Personen für die Etablierung der Praktikumsprogramme war. Auch im Falle anderer Staaten wäre also zu fragen, inwiefern nicht gerade die Möglichkeit der Vorteilsnahme zur Existenz und Ausbreitung der Stipendienprogramme beitrug.

Bonn und Ost-Berlin jedenfalls förderten den Klientelismus vor dem Hintergrund der deutsch-deutschen Konkurrenz ganz bewusst. Sie ermöglichten es ghanaischen Politikern und Verwaltungsbeamten:innen immer wieder, die geltenden Aufnahmekriterien zu unterlaufen, und waren in der Regel bereit, Schützlinge afrikanischer Minister in die Programme aufzunehmen, selbst wenn diese die Zugangsvoraussetzungen nicht erfüllten. Damit trugen die beiden deutschen Staaten letztlich mit dazu bei, dass die staatliche Administration in Accra die Kontrolle über die Stipendienvergabe verlor und die Schulungen somit nicht an den staatlichen Entwicklungsplänen ausrichten konnte.

Praktikumsprogramme als politisch-ideologische Vorhaben

Die geschichtswissenschaftliche Forschung hat in den letzten Jahren immer wieder betont, wie entscheidend die Systemkonkurrenz zum Aufstieg internationaler Praktikumsprogramme beitrug. Auch die beiden deutschen Staaten verfolgten erklärtermaßen das Ziel, die Partnerländer und die teilnehmenden Fachkräfte politisch an sich zu binden. Trotz dieser Zielsetzung spielten systematische Maßnahmen zur politischen Beeinflussung der Teilnehmer:innen in der Anfangszeit weder in Ost- noch in Westdeutschland eine Rolle – ganz im Gegensatz beispielsweise zu US-amerikanischen Programmen. Im Vordergrund stand während der *Entstehung* der Programme (1956–1961) in der Bundesrepublik

wie in der DDR die Bindung an den Westen respektive den Osten. Politische Loyalitäten, so nahmen die verantwortlichen Behörden und Ministerien an, würden sich allein durch die positiven Erfahrungen vor Ort von selbst entwickeln. Für die Bundesrepublik gewann die Bindung der Teilnehmer:innen in der zweiten Phase ab 1961 an Bedeutung; abgesehen von gelegentlichen Ausflügen zur Berliner Mauer oder Vorträgen der CDG über den Ost-West-Konflikt, schlug sich dies aber weiterhin nicht in konkreten Maßnahmen nieder.

Die ostdeutsche Regierung setzte hingegen ab 1961 gezielter darauf, die afrikanischen Fachkräfte im Zuge der Herrschaftssicherung nicht nur an die DDR zu binden, sondern diese durch die „politische Arbeit“ von politischen Ideen und Sichtweisen zu überzeugen. Das Ziel der politischen Beeinflussung gewann an Bedeutung. Allerdings wurden konkrete Maßnahmen hierzu auch in Ostdeutschland nur unsystematisch umgesetzt. Die praktische Realisierung lag weitestgehend bei den Betreuer:innen. Größere Bedeutung hatte demgegenüber die Kontrolle der politischen Aktivitäten. Ost-Berlin baute Anfang der 1960er Jahre eine ganze Reihe von Organisationen auf, die dazu dienten, die politischen Tätigkeiten der ausländischen Student:innen und Praktikant:innen zu überwachen und in die gewünschte Richtung zu lenken. Wichtiger noch als die politische Bewusstseinsbildung war aus Sicht der DDR-Regierung also die Einhegung des politischen Aktivismus. Eine größere Rolle spielte die politische Bewusstseinsbildung während der *Systemkonfrontation* für Ghana. Die Teilnehmer:innen sollten sich in den sozialistischen Staaten nicht nur fachliche Kenntnisse aneignen, sondern auch ideologisch auf das neue sozialistisch inspirierte Gesellschaftsmodell vorbereitet werden. Hierfür war die ghanaische Regierung trotz anhaltender wirtschaftlicher Schwierigkeiten sogar bereit, die Auslandsschulungen staatlich zu subventionieren. Während der *Ökonomisierung* (1966–1976) traten Ziele der politischen Bewusstseinsbildung in allen drei Staaten allerdings hinter die ökonomischen Effizienzlogiken zurück.

Auch wenn die staatlichen Akteur:innen in der BRD und der DDR die politische Dimension der Praktikumsprogramme gerade anfänglich stark betonten, spielten Maßnahmen zur politischen Beeinflussung entweder gar keine integrale Rolle, wie in der Bundesrepublik, oder aber sie wurden faktisch nur inkonsistent realisiert, wie in der DDR. Der Fokus lag letztlich in beiden Fällen stärker auf der politischen Bindung der Partnerländer.

Wie sich die unsystematische „politische Arbeit“ in beiden deutschen Staaten auf die teilnehmenden Fachkräfte auswirkte, lässt sich anhand der untersuchten Quellen staatlicher Provenienz nur unzureichend beurteilen. Dennoch legt die Studie in Übereinstimmung mit neueren Forschungen nahe, dass die Fachkräfte in der Regel mehr an den eigenen Karrierewegen interessiert waren als an politischer Beteiligung. Praktische Aspekte wie die Vermittlung konkreter Fähigkei-

ten, die Arbeitsbedingungen oder der Lebensstandard standen für sie in aller Regel stärker im Vordergrund als die ideologischen Inszenierungen. Dies zeigte sich unter anderem an den vielfältigen Wechseln zwischen den Staaten und Blöcken.

Der Eigen-Sinn der Fachkräfte und ihre Handlungsspielräume

Regelmäßig brachen Praktikant:innen ihre Schulungen ab und nutzten ihre Mobilität eigen-sinnig. Indem die Fachkräfte sich auf eigene Faust in Bewegung setzten oder aber ebenso eigenmächtig in einem der beiden deutschen Staaten blieben, entzogen sie sich der Logik der Programme, was es den Regierungen erschwerte, ihre Arbeitskraft und Fähigkeiten im gewünschten Sinne einzusetzen. Tatsächlich können die Fachkräfte als der aktivste Part der globalen Verflechtung angesehen werden. Für sie wurde der Eiserne Vorhang zum „nylon curtain“. Ihre Ausbildungswege führten sie häufig nicht nur zwischen den beiden deutschen Staaten hin und her, sondern über diverse Grenzen hinweg – von Moskau über Düsseldorf nach Ost-Berlin oder von London nach Leipzig. Die globalen Mobilitätsdynamiken, die mit der Dekolonisation und der Entwicklungskooperation einhergingen, zeigen sich in der mikrogeschichtlichen Perspektive am deutlichsten.

Die eigen-sinnige Mobilität war sowohl dann Thema, wenn es um die Rückkehr der Praktikant:innen ging, als auch, wenn der Umgang mit den „Ostblockabwanderern“ verhandelt wurde. Gerade der Bundesregierung schien Mobilitätsregulation notwendig, daher verschärfte sie im Laufe der Zeit die migrationspolitischen Maßnahmen und Regeln. In ihren neuen Regularien schlug sich wiederum besonders deutlich das Machtgefälle zwischen Nord und Süd nieder.

Die Praktikant:innen selbst, das zeigt sich in ihren Anliegen, ihren eigen-sinnigen Handlungen und ihren Argumentationen, verfolgten primär ein Ziel: Ihnen ging es wesentlich darum, sich in der DDR oder der BRD möglichst umfangreiche und praxisorientierte Kenntnisse für ihre zukünftige berufliche Tätigkeit anzueignen, um damit die eigene Karriere zu fördern. Lässt man einmal die Aushandlungen unberücksichtigt, bei denen es um das unmittelbare Wohlbefinden und die Sicherheit der Teilnehmer:innen ging, also ihre Wohnsituation, eine angemessene finanzielle Versorgung oder die Freiheit von Diskriminierung und Gewalt, dann bleibt der eigene Lernerfolg das Thema, welches die Praktikant:innen am meisten beschäftigte. Um gute fachliche Schulungsbedingungen zu erhalten, waren sie darüber hinaus immer wieder bereit, Aufwand zu betreiben oder aber Nachteile in Kauf zu nehmen.

Im Verlauf des Untersuchungszeitraums verengten sich die Handlungsspielräume der Fachkräfte. So begegneten beide deutsche Staaten den Anliegen der Teilnehmer:innen in den ersten Jahren mit einem relativ großen Entgegenkommen und versuchten durch deren aktive Einbeziehung, die ausländischen Praktikant:innen als „Freunde“ der Bundesrepublik respektive der DDR zu gewinnen. Schon seit Beginn der 1960er Jahre schwand der Einfluss der Fachkräfte indes deutlich, da die Regierungen in Ost- und Westdeutschland wesentlich weniger Wohlwollen gegenüber den Teilnehmer:innen zeigten.

Dass sich die deutsch-deutsche Systemkonfrontation verschärfte, verhalf den Praktikant:innen keineswegs zu einer besseren Verhandlungsposition. Stattdessen zählte das Votum der Fachkräfte in der ersten Hälfte der 1960er Jahre kaum noch. Offenbar war dieser Bedeutungsverlust der „kleinen Akteur:innen“ paradoxerweise ebenfalls ein Effekt des Kalten Krieges. Bonn und Ost-Berlin hatten erkannt, dass die Systemkonkurrenz, trotz des „battle for the hearts and minds“¹⁴⁴⁰, in erster Linie zwischen Staaten ausgetragen wurde. Sie legten daher weniger Wert auf die Meinung der Teilnehmer:innen. Wie in den 1960er Jahren zunehmend deutlich wurde, hatten die Fachkräfte als einzelne Personen, die keine Machtposition bekleideten, kaum einen Einfluss auf den globalen Konflikt. Statt sich im Kleinen der individuellen Wünsche oder Forderungen der Praktikant:innen anzunehmen, verhandelten die west- und ostdeutschen Ministerien nun mit anderen Staaten über „größere“ Themen. Dies implizierte auch, dass sie ihre Rivalität beinahe ausschließlich auf der Makroebene – das heißt in Form von Vertragsabschlüssen oder lebendigen Handelsbeziehungen – austrugen.

Im Zuge der Ökonomisierung der Programme manifestierte sich diese Tendenz. Das zunehmende Effizienzstreben ließ kaum mehr Raum für individuelle Anliegen oder Vorstellungen. Die Teilnehmer:innen sollten sich in das vorgegebene Format einfügen, statt dieses mitzugestalten. Der Einfluss der Praktikant:innen blieb daher auch in der dritten Phase ab 1966 gering. Beide deutsche Staaten gingen im Verlauf der 1960er und 70er Jahre dazu über, die ihnen zur Verfügung stehenden Machtinstrumente – wie bürokratische Vorgaben, Absprachen auf Regierungsebene, Gesetze, Inhaftierungen von Praktikant:innen, aber auch an Konditionen gebundene finanzielle Förderungen – stärker zu nutzen, um damit die Schulungen in ihrem Sinne zu lenken. Obwohl ihr Einfluss auf die Programme nie gänzlich schwand, konnten die Fachkräfte in den 1960er und 1970er Jahren kaum noch auf das Entgegenkommen der ost- und westdeutschen Behörden hoffen.

1440 W. Scott Lucas: Beyond Diplomacy. Propaganda and the History of the Cold War, in: Gary D. Rawnsley (Hg.): Cold-War Propaganda in the 1950s, London/New York, S. 11–30, hier: S. 11.

Ab 1966 eröffneten sich aber in begrenztem Maße neue Handlungsspielräume für die Teilnehmer:innen, wenn zum Beispiel ein Anliegen die Unterstützung ihrer Herkunftsländer fand. Die Tendenz, dass vor allem der *good will* der Kooperationsstaaten zählte – und nicht mehr jener der Praktikant:innen, hielt also weiter an. Hinzu kam allerdings ein weiterer Faktor: Auch der Verweis auf hohe Qualifikationen der Fachkräfte konnte dazu führen, dass die beiden deutschen Regierungen zu größerem Entgegenkommen bereit waren. Da diese Wertschätzung von höheren Bildungsabschlüssen oder herausragenden professionellen Leistungen zumindest in Teilen auch von den Praktikant:innen und den Partnerländern geteilt wurde, wäre hier zu fragen, inwiefern sich in der internationalen Stipendienlandschaft der späten 1960er Jahre zunehmend eine Meritokratie durchsetzte, also eine verstärkte Orientierung am Leistungsprinzip.¹⁴⁴¹

Vergleich der west- und der ostdeutschen Programme

Vergleicht man die west- und die ostdeutschen Schulungsprogramme insbesondere in der bilateralen Kooperation mit Ghana, so gehen die größten Differenzen auf eine Kombination ökonomischer und systempolitischer Faktoren zurück. Der größte Unterschied zwischen der BRD und der DDR lag in der Relevanz, welche den Praktikumsprogrammen im Rahmen der jeweiligen staatlichen Entwicklungspolitik beigemessen wurde. Während die Fortbildungen in der Bundesrepublik nur ein subsidiäres Mittel darstellten, das nach und nach in eine exportorientierte Entwicklungspolitik eingebettet wurde, bildeten sie in der DDR einen Schwerpunkt der „Internationalen Solidarität“. Die westdeutschen Programme waren während des gesamten Untersuchungszeitraums nur eines von vielen Instrumenten, welche die Bundesregierung nutzen konnte, um ihre Beziehungen zum globalen Süden zu pflegen. Größter Trumpf der BRD war und blieb ihre ökonomische Stärke. Das Land des „Wirtschaftswunders“ musste in der Regel nicht um entwicklungspolitische Kooperationen mit den postkolonialen Staaten buhlen und war daher auch in der Wahl der Mittel flexibler. Ost-Berlin blieb im Gegensatz dazu doppelt eingeschränkt: außenpolitisch durch die Hallstein-Doktrin und wirtschaftlich durch die begrenzteren finanziellen Mittel. Das führte dazu, dass die DDR zum einen stärker auf die Weiterbildungsprogramme angewiesen war, da diese im Gegensatz zu anderen entwicklungspolitischen Maßnahmen mit geringem Devisenaufwand realisiert werden konnten. Zum anderen

1441 Zum Einfluss meritokratischen Denkens bei der Auswahl von tansanischen Student:innen und bei den Teilnehmer:innen selbst, vgl. Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus, S. 201–209.

musste sich die SED-Regierung stets mehr bemühen, um Kooperationspartner:innen zu gewinnen.

Dies zeigte sich deutlich an der bilateralen Kooperation zwischen Ghana und den beiden deutschen Staaten. Gerade in den ersten Jahren ging das größte Interesse an den Programmen von der DDR aus. Sie kann von allen drei Staaten als der aktivste Part angesehen werden. Mit ihren Bemühungen blieb sie allerdings über weite Strecken erfolglos. Bis auf die kurze Zeit zwischen 1963 und Anfang 1966, in der Accra und Ost-Berlin sich ideologisch stark annäherten, blieb die ostdeutsch-ghanaische Fortbildungskooperation durch eine Abfolge von Schwierigkeiten, Brüchen und Misserfolgen geprägt. In den 1970er Jahren schließlich sah sich die DDR finanziell kaum noch in der Lage, als „Geberland“ aufzutreten. Ganz im Gegensatz dazu gelang es der BRD, die Fortbildungskooperation mit Ghana selbst in Zeiten ideologischer Differenzen auszubauen und auch den westdeutschen Absatz in Ghana zu steigern. Der größere Erfolg der Bundesrepublik beruhte schlicht und einfach auf ihrer Wirtschaftskraft, mit der Ost-Berlin zu keinem Zeitpunkt mithalten konnte. Vor allem als wichtiges Kakao importierendes Land war die BRD für Ghana unentbehrlich. Die wirtschaftlichen Kapazitäten ließen auch die westdeutschen Praktikumsprogramme für Accra attraktiver erscheinen, weil sich darüber Beziehungen anbahnen ließen, die letztlich in Finanzhilfen oder besseren Exportmöglichkeiten für Ghana resultieren konnten. Die DDR wurde daher stets von der BRD überflügelt.

Diese unterschiedliche Ausgangslage wirkte sich anfänglich auch auf die Konditionen aus, zu denen Ost-Berlin und Bonn die Praktikumsprogramme anboten. Um die Attraktivität der ostdeutschen Programme gegenüber der kapitalistischen westdeutschen Konkurrenz zu erhöhen, offerierte die DDR ihren Kooperationspartner:innen zu Beginn vergleichsweise günstige Konditionen, indem sie beispielsweise schon in den 1950er Jahren für die Lebenshaltungskosten der Teilnehmer:innen aufkam. Die BRD hingegen erwartete in den ersten Jahren deutlich höhere Eigenleistungen von ihren Partnerländern. Sie bot vor allem ein organisatorisches Gerüst und finanzierte nur kleinere Ausgaben wie die Reisekosten der Praktikant:innen. Neben diesen anfänglichen Unterschieden ist vor allem auffällig, wie stark sich die Programmkonzeptionen in der BRD und der DDR im Laufe der Zeit angleichen. Insbesondere in der letzten Phase ab 1966 überwogen die Gemeinsamkeiten der ost- und westdeutschen Programme deutlich. Neben der oben beschriebenen Ökonomisierung waren vor allem Forderungen der Herkunftsländer und der Teilnehmer:innen für diese Angleichung verantwortlich.

Die kurze Ära der breitgefächerten berufspraktischen Auslandsschulungen

Der hier untersuchte Zeitraum zwischen Mitte der 1950er und Mitte der 1970er Jahre markiert eine kurze Ära der breitgefächerten berufspraktischen Auslandsschulungen. Zwar lagen die Schwerpunkte der Fortbildungsprogramme in Ost- wie in Westdeutschland in den technischen Berufen, im Maschinenbau und Ingenieurwesen sowie in der Weiterbildung von Gewerbelehrer:innen. Daneben nahmen die beiden deutschen Staaten aber regelmäßig auch andere Berufsgruppen, wie beispielsweise Kameralleute und Tontechniker:innen, Krankenschwestern und Hebammen, Bankangestellte und Hotelmanager:innen, Maurer und Augenoptiker:innen, Schneider:innen oder Diätassistentinnen in ihre Praktikumsprogramme auf. Diese breite Streuung spiegelt den internationalen zeitgenössischen Konsens, dass Fachausbildungen *per se* „entwicklungsfördernd“ seien und dies prinzipiell für alle Branchen gelte. Dass für die Fortbildung die internationale Mobilität der Fachkräfte vorausgesetzt wurde, entsprang hingegen weniger einer Überzeugung, wenngleich Überlegenheitsvorstellungen der Industriestaaten zweifelsohne zu dieser Praxis beitrugen. Vielmehr war die Tatsache, dass die Schulungen im globalen Norden stattfanden, das Ergebnis zweier kolonialer Folgeerscheinungen: Zum einen fehlten in den postkolonialen afrikanischen Staaten (Aus-)Bildungsinstitutionen, da die Kolonialverwaltungen deren Aufbau über lange Zeit vernachlässigt hatten. Zum anderen war es daher bei der Einführung der Programme bereits üblich, dass Afrikaner:innen vor allem für das Studium, aber auch für berufliche Schulungen nach Übersee gingen. Diese Praxis setzte sich mit den west- und ostdeutschen Praktikumsprogrammen zunächst weiter fort. Die hier untersuchten Formate fanden in beiden deutschen Staaten aber ab Mitte der 1970er Jahre ein mehr oder weniger schleichendes Ende.

In der DDR zeichnete sich der Bruch am deutlichsten ab: Als sich Ost-Berlin 1977 in Anbetracht der zunehmenden Devisennot in einer „ökonomischen Exportoffensive“¹⁴⁴² den Ländern Äthiopien, Angola und Mosambik zuwandte, änderte sich auch die Fortbildungskooperation grundlegend. Die SED-Regierung begann, die Fortbildungen zu kommerzialisieren, indem sie diese zunehmend gegen Bezahlung anbot. Gleichzeitig verloren die Programme sukzessive ihren Schulungscharakter und entwickelten sich faktisch mehr und mehr zu Vertragsarbeitsprogrammen.¹⁴⁴³ Selbst wenn die entsprechenden Abkommen nominell

1442 Döring: „Es geht um unsere Existenz“, S. 10.

1443 Eine analoge Entwicklung konstatiert Alena Alamgir für das tschechoslowakisch-vietnamesische *Labor Exchange Program* ab der Mitte der 1970er Jahre, vgl. Alena Alamgir: *Socialist Internationalism at Work. Changes in the Czechoslovak-Vietnamese Labor Exchange Program, 1967–1989*, unveröffentlichte Dissertation, Graduate School – New Brunswick 2014, insbesondere S. 122–126 & 149f.

eine Aus- oder Weiterbildung vorsahen, fanden diese praktisch kaum noch statt. Stattdessen gingen die Teilnehmer:innen einer bezahlten Arbeit in ostdeutschen Betrieben nach. Für die Fachkräfte zogen diese veränderten Rahmenbedingungen gleichzeitig einen weiteren Verlust von Freiheiten und Rechten nach sich. Im Gegensatz zu den afrikanischen Praktikant:innen der 1950er bis 1970er Jahre war es ihnen beispielweise vertraglich verboten, ins Ausland zu reisen. Außerdem ging die ostdeutsche Regierung dazu über, Kontakte zur lokalen Bevölkerung so weit wie möglich einzuschränken, sodass die Programmteilnehmer:innen zunehmend ghettosiert lebten. Die vorliegende Arbeit hat nachgewiesen, dass diese Form der Segregation erst im Laufe der Zeit entstand und den ostdeutschen Fortbildungsprogrammen nicht bereits seit ihrer Entstehung inhärent gewesen war.

Im westdeutschen Fall änderte sich die Fortbildungspraxis mit der verstärkten Migrationsregulation der 1970er Jahre. Die Bonner Behörden setzten zwar für ihre Entwicklungspolitik weiterhin auf eine breitgefächerte Berufsbildung, vor allem im Bereich des Handwerks. Sie verlagerten die Grundausbildung aber tatsächlich wie geplant in die Herkunftsländer. Im Verlauf der 1980er und 1990er Jahre änderte sich damit auch die Zielgruppe der Schulungen. Waren die untersuchten westdeutschen Fortbildungen noch überwiegend auf männliche Teilnehmer und zunehmend auf höhere Führungskräfte und Multiplikator:innen ausgerichtet, so setzten die nachfolgenden Programme in den Herkunftsländern gezielt darauf, Frauen und junge Menschen aus unteren Gesellschaftsschichten auch im informellen Sektor zu fördern.¹⁴⁴⁴

Betrachtet man entwicklungspolitische Fortbildungsprogramme damals wie heute, stellt sich auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden sowie danach, wie die weiterhin bestehenden Ungleichheiten überwunden werden könnten. Der Glaube daran, dass Bildung Entwicklung schaffe, ist bis heute weitestgehend ungebrochen. Er ist nicht zuletzt auch in der aktuellen bundesdeutschen Entwicklungspolitik noch weit verbreitet.¹⁴⁴⁵ Die vorliegende Untersuchung legt nahe, dass die Verknüpfung von (Aus-) Bildung und Entwicklung wesentlich komplexer ist, als damals wie heute gemeinhin angenommen. Gut geschulte Fachkräfte sind zwar anscheinend eine

1444 Vgl. BMZ: Berufsbildung in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, Bonn 2005, S. 7, 9 & 14 f; Hermann Rychetzky/Ewald Gold: Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern im Bereich der Berufsausbildung, in: Arnold (Hg.): Berufliche Bildung und Entwicklung, S. 76–89, hier: S. 76.

1445 Vgl. exemplarisch: KfW Entwicklungsbank: Bildung schafft Entwicklung. Investitionen in Schule und Ausbildung lohnen sich, Dossier, Beilage zu welt-sichten, 12/2010; Arnfrid Schenk: Was kann Afrika retten?, in: Zeit Nr. 49/2027, 30. November 2017.

notwendige Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität, aber keineswegs eine hinreichende. Die These, dass gut ausgebildete Fachkräfte ein Garant für die wirtschaftliche Entwicklung des globalen Südens seien, sollte daher grundsätzlich kritisch hinterfragt werden.

Die Fortbildungskooperation zwischen Ghana und den beiden deutschen Staaten trug jedenfalls keineswegs zur Überwindung der Nord-Süd-Asymmetrie bei – wie es ihr erklärter entwicklungspolitischer Auftrag war. Wie oben beschrieben, lag dies sicherlich zum Teil daran, dass die gezielte, bedarfsorientierte Nutzung der Programme unterlaufen wurde. Abgesehen davon ließe sich aber auch fragen, ob andere Aspekte der Nord-Süd-Beziehungen nicht letztlich bei Weitem ausschlaggebender für die anhaltenden Ungleichheiten waren, wie beispielsweise die Struktur der globalen Handelsbeziehungen, die dazu führte, dass Ghana während des gesamten Untersuchungszeitraums vom Kakaoexport abhängig blieb. Sowohl die ost- als auch die westdeutschen Praktikumsprogramme perpetuierten in weiten Teilen die globale Arbeitsteilung zwischen Nord und Süd. Mit Tournès und Scott-Smith ließe sich also eher behaupten, dass die Praktikumsprogramme die Ungleichheiten zwischen Nord und Süd, wenn nicht gar verschärften, so doch zumindest zu ihrem Bestand beitrugen.¹⁴⁴⁶

1446 Vgl. Tournès/Scott-Smith: Conclusion, S. 323.